Avanti Rhein-Neckar

75/November 2020



Theoriebeilage

1 Euro (Solipreis 2 Euro)

Übergangsprogramm:

Ein bedeutendes Erbe?

Aktionsplan: Kapitalismus, Chaos Corona 2.0

ISO Rhein-Neckar

statt ihre Profite

INHALT

TITEL

01 KRISE

Leben statt Profite?

EDITORIAL/INHALT

02

BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

03 TARIFRUNDE ÖDVerpasste Chance

04 MOBBING-KONFERENZ 1 BR im Visier?

05 MOBBING-KONFERENZ 2 Grundrechte verteidigen

06 MOBBING-KONFERENZ 3 Basisarbeit ohne Strategie?

VERKEHRSWENDE

07 KLIMASCHUTZ

Verkehrswende erstreiten

SOLIDARITÄT

08 GEFLÜCHTETE

"Sicherer Hafen"?

EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser.

die Tarifrunde im Öffentlichen Dienst hat gezeigt, dass trotz Corona Arbeitsniederlegungen möglich sind. Die noch nicht abgeschlossene Auseinandersetzung um einen Tarifvertrag Nahverkehr verdient jetzt umso mehr breite Solidarität. Ein Erfolg in diesem Bereich wäre eine Unterstützung für eine Verkehrswende, die diesen Namen verdient.

Die Kapitalseite nutzt die Pandemie skrupellos für ihre Ziele aus. Nicht zuletzt sind Betriebsräte Zielscheibe eines Klassenkampfs von "oben". Wir berichten über die Versuche einer wirksamen Gegenwehr.

In unserer Theoriebeilage befassen wir uns aus einem umfassenderen Blickwinkel mit Widerstand. Zum einen stellen wir die Frage nach dem Sinn von Übergangsforderungen. Zum anderen veröffentlichen wir ein für die heutige Situation passendes Aktionsprogramm.

Letzteres befasst sich unter anderem mit der zweiten Welle der Corona-Pandemie. Laut Johns Hopkins Coronavirus Resource Center hat COVID-19 inzwischen über 1,2 Million Todesopfer weltweit und über 10.500 hierzulande gefordert.

Die Hetze und die Lügen der Verschwörungsszene trägt Verwirrung und Spaltung in die Reihen der arbeitenden Klasse und der sozialen Bewegungen. Wir stellen uns dagegen - mit analytischer Aufklärung und dem praktischen Einsatz für Solidarität.

Wir hoffen sehr, dass diese und die anderen Themen der 75. Ausgabe von *Avanti*² Euer Interesse finden.

Passt auf Euch auf und bleibt gesund!

Eure Redaktion

INHALT

SOLIDARITÄT

09 KURDISTAN

Proteste und Verständigung

ERINNERUNG

10 ROSA LUXEMBURG

Platzbenennung?

POLITISCHE BILDUNG / ISO

11 HERBSTSEMINAR

Tipps zur Weltveränderung

RÜCKBLENDE/TERMINE

12 VOR 100 JAHREN

Linke Vereinigung?

12 TERMINE

THEORIEBEILAGE

01 ÜBERGANGSPROGRAMM

Ein bedeutendes Erbe

03 AKTIONSPLAN

Kapitalismus, Chaos, Corona 2.0?



Tarifabschluss 2020 im Öffentlichen Dienst "Da war mehr drin"

U.D.

Die Tarifrunde 2020 im Öffentlichen Dienst ist zu Ende. Sie war geprägt durch die mit Pandemie und Krise begründeten "Sparappelle" aus "Wirtschaft und Politik", die zögerliche Haltung der Gewerkschaftsführung und die Provokationen der öffentlichen "Arbeitgeber".

Zögerliche Gewerkschaftsführung

Die Gewerkschaftsführung hätte die Tarifrunde 2020 gerne in das Frühjahr 2021 verschoben. Ein entsprechendes Angebot von ver.di stieß jedoch bei den "Arbeitgebern" auf Ablehnung. Deshalb schlugen sie, wie es der ver.di-Vorsitzende Werneke formulierte, die "ausgestreckte Hand" der Gewerkschaften aus.

So war die Gewerkschaftsführung gezwungen, die Tarifrunde 2020 zu starten und trotz Pandemie Tarifaktionen einschließlich Warnstreiks zu organisieren. Dabei wurde immer wieder deutlich, dass sie keine Verschärfung der Tarifrunde und keine Ausweitung der Streiks, sondern einen schnellen und "verkaufsfähigen" Abschluss wollte.

Harte,,Arbeitgeber"

Die öffentlichen "Arbeitgeber" sahen sich in Zeiten der Wirtschaftskrise und der Pandemie in einer starken Position. Sie witterten die Chance, die Gewerkschaft zu schwächen und ein niedriges Tarifergebnis durchsetzen zu können. Sie handelten stellvertretend für die Kapitalinteressen in den kommenden Tarifrunden und wollten ein tarifpolitisches Zeichen gegen gewerkschaftliche Forderungen setzen.

Mit dem vorliegenden Tarifergebnis ist ihnen dies zum Teil gelungen. Laut *Handelsblatt* liegt es – bei einem Gesamtvolumen von 6,1 Milliarden Euro – "nur" 100 Millionen Euro über dem ursprünglichen Angebot der "Arbeitgeber", aber deutlich unter den gewerkschaftlichen Forderungen.

Warnstreiks trotz Pandemie

Möglicherweise haben sich die öffentlichen "Arbeitgeber" aber politisch in einem Punkt verrechnet. Teile der gewerkschaftlichen Basis und der Beschäftigten waren trotz Verunsicherung durch Krise und Pandemie und trotz aller Corona-Auflagen willens und in der Lage, Warnstreiks und andere Tarifaktionen zu organisieren. Erneut bewiesen

die Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst – gerade auch im Verkehrsbereich – ihre Bereitschaft und Fähigkeit zur Mobilisierung. Dies zeigte sich auch in der Region Rhein-Neckar. Zwar gab es keine breite und nennenswerte Bewegung in den Belegschaften für die Ausweitung des Kampfes, aber es bleibt doch die wichtige Botschaft an die Beschäftigten anderer Branchen: Auch in der Pandemie sind Kämpfe möglich.

"Tariffragen sind Machtfragen"

Diese Feststellung von Willi Bleicher, dem ehemaligen IG-Metall-Bezirksleiter in Stuttgart, hat immer noch Gültigkeit. In Tarifrunden wird das Kräfteverhältnis zwischen Kapital und Arbeit, zwischen Beschäftigten und "Arbeitgebern" immer wieder aufs Neue ausgelotet.

Diesbezüglich wäre in dieser Tarifrunde mehr "drin" gewesen. Aber die beteiligten Gewerkschaftsführungen wollten jegliche Eskalation vermeiden. Sie haben einer "Tarifruhe" von 28 Monaten und der Abkoppelung des Streits um den Tarifvertrag Nahverkehr zugestimmt. Damit haben sie eine weitere Chance vertan, das Kräfteverhältnis positiv zu Gunsten der Beschäftigten zu verändern.

Unsere Schlussfolgerungen

Das Kräfteverhältnis wird aber nicht nur in Tarifrunden verändert, sondern auch in der täglichen gewerkschaftlichen Praxis in den Betrieben. Daraus leiten wir folgende praktische Schwerpunkte ab:

- 1. Der Widerstand gegen die sich verschlechternden Arbeitsbedingungen wird in den Betrieben organisiert. Darum setzen wir uns für den Aufbau aktiver, solidarischer und kämpferischer Kerne in den Betrieben ein.
- **2.** Wir treten für die überbetriebliche Vernetzung und gegenseitige Solidarität dieser Kerne ein.
- 3. Wir versuchen in den Gewerkschaften eine klassenkämpferische Strömung aufzubauen, deren wesentliches Fundament die aktiven Kerne in den Betrieben sind.



Warnstreik im Öffentlichen Dienst am 16. Oktober 2020 in Mannheim.

Pressemitteilung des Komitees "Solidarität gegen BR-Mobbing!" vom 18. Oktober 2020

"Grund- und Menschenrechte gelten auch für Betriebsräte!"

Am Samstag, den 17.10.2020, fand im Mannheimer Gewerkschaftshaus die 7. bundesweite Tagung "Betriebsräte im Visier – Bossing, Mobbing & Co." statt. Aufgrund der strikten Einhaltung der geltenden Gesundheitsschutzregeln war das Platzangebot zahlenmäßig begrenzt. Es konnten dennoch achtzig Menschen aus verschiedenen Branchen und Regionen teilnehmen.

Inter Ausnutzung der "Corona-Krise" gehen Geschäftsführungen und ihre professionellen Helfershelfer verstärkt mit "Verdachtskündigungen" sowie der Bespitzelung und Zersetzung des beruflichen und privaten Umfeldes gegen engagierte Betriebs- und Personalräte sowie Mitarbeitervertretungen vor. In der Folge kommt es bei Betroffenen sehr oft zu schweren depressiven Erkrankungen und sogar zu Selbsttötungsversuchen. Nicht zuletzt entstehen existenzbedrohende finanzielle und familiäre Probleme.

In der Öffentlichkeit werden diese Machenschaften bisher jedoch nach wie vor kaum wahrgenommen.

Ein Schwerpunkt der diesjährigen Tagung war die Suche nach Strategien zur erfolgreichen Verteidigung und Stärkung der gesetzlich verbrieften Rechte von demokratisch gewählten Interessenvertretungen.

Lars Treusch (DGB Region Nordbaden) erläuterte in seinem Grußwort die Position des Deutschen Gewerkschaftsbundes. Er betonte den Willen des DGB, wirksamer gegen die fortgesetzten Rechtsbrüche durch die Mobbing-Branche vorzugehen.

Carl-Friedrich Bossert (IG Metall-Vorstand) referierte zum Thema "Taskforce / Anlaufstelle gegen BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung – ein schöner Traum?" Die IG Metall ist die mit rund 2,2 Millionen Mitgliedern größte Einzelgewerkschaft im DGB. Sie hat vor fünf Jahren begonnen, die Analyse und die organisierte Abwehr von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung konkret zu entwickeln.

Alexander Mohrlang ebenfalls vom IG Metall-Vorstand in Frankfurt setzte sich mit der Frage "Organizing – wirksames Mittel der Gegenwehr?" auseinander. Er unterstrich die Notwendigkeit einer aktivierenden und organisierenden Gewerkschaftsarbeit im Betrieb und darüber hinaus, um demokratische Rechte verteidigen und gewerkschaftliche Handlungsfähigkeit durchsetzen zu können.

Dr. Dietrich Growe (Fachanwalt für Arbeitsrecht aus Mannheim) stellte Vorschläge für ein erfolgreiches juristisches Handeln gegen BR-Mobbing zur Diskussion. Er konnte praxiserprobte Antworten auf die Frage "Rechtliche Strategien – was tun?" anbieten. Sie verdienen eine viel größere Beachtung im Bereich des gewerkschaftlichen Rechtsschutzes als bisher.

Mit einer weiteren wichtigen Fragestellung – "Gegen BR-Mobbing – wie erfolgreich handeln?" – befasste sich eine Podiumsrunde. Vertreterinnen und Vertreter der bundesweiten Vernetzung gegen BR-Mobbing tauschten ihre Erfahrungen in Zeiten der Pandemie aus. Sie suchten zudem nach Wegen zur noch besseren Zusammenarbeit auf bundesweiter Ebene.

In den Plenumsdiskussionen berichteten Teilnehmende sowohl über erschreckende Beispiele der Bekämpfung von Betriebsräten und gewerkschaftlich Aktiven als auch über die erfolgreiche Abwehr solcher Angriffe.

Eine einstimmig verabschiedete Entschließung kritisiert, dass für "Politik, Medien und Justiz die kriminellen Machenschaften der BR-Mobber und Gewerkschaftsfeinde in der Regel kein Thema" seien. Auch gesellschaftspolitisch seien "die Folgen von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung verheerend. Das "Recht des Stärkeren" gilt zunehmend als "normal". Es verdrängt Grundrechte und Betriebsverfassungsgesetz."

Organisiert wurde die Tagung vom Komitee "Solidarität gegen BR-Mobbing!" in Kooperation mit IG Metall Mannheim sowie AKUWILL Oberhausen, DGB Baden-Württemberg, IG BCE Weinheim, OKG – "Organisieren-Kämpfen-Gewinnen", Überbetrieblichem Solidaritätskomitee Rhein-Neckar, ver.di Rhein-Neckar und workwatch Köln.

Am 16. Oktober 2021 soll die 8. Bundeskonferenz "BR im Visier" in Mannheim stattfinden.



Plenum der Konferenz "Betriebsräte im Visier" am 17. Oktober 2020 in Mannheim.

Entschließung der 7. Bundeskonferenz "Betriebsräte im Visier"

Grund- und Menschenrechte gelten auch für Betriebsräte!

Die "Corona-Krise" nutzen Unternehmensleitungen skrupellos aus, um demokratisch gewählte betriebliche Interessenvertretungen und Gewerkschaften verstärkt zu bekämpfen. Dabei setzen sie oft firmenhörige "Betriebsräte" auf engagierte BR-Mitglieder an, um diese fertigzumachen.

Für Politik, Medien und Justiz sind die kriminellen Machenschaften der BR-Mobber und Gewerkschaftsfeinde in der Regel kein Thema. Die Branche der "Unrechtsanwälte" sieht sich dadurch in ihrem illegalen, aber sehr profitablen Treiben ermutigt.

Die zerstörenden persönlichen Auswirkungen dieser Angriffe auf Grund- und Menschenrechte sind bekannt. Sie ruinieren Gesundheit, soziales Umfeld und berufliche Existenz der betroffenen Kolleginnen und Kollegen.

Auch gesellschaftspolitisch sind die Folgen von BR-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung verheerend. Das "Recht des Stärkeren" gilt zunehmend als "normal". Es verdrängt Grundrechte und Betriebsverfassungsgesetz. Die rücksichtslose Be- und Verhinderung von Betriebsräten, Personalräten und Mitarbeitervertretungen wird alltäglich. Meist sind damit Attacken auf die gewerkschaftliche Organisierung und die Geltung von tarifvertraglichen Regelungen verbunden.

Aufgrund der verbreiteten politischen und juristischen Ignoranz dieser schwerwiegenden Rechtsbrüche trauen sich viele Engagierte bereits heute nicht oder nicht mehr, sich für ihre demokratischen Rechte einzusetzen.

Mit dieser sehr bedrohlichen Entwicklung befassen sich mittlerweile eine Reihe von gewerkschaftlichen Beschlüssen (IG Metall, ver.di, DGB...). Dennoch kann ihre Umsetzung noch weiter verbessert werden. Vor allem wird von BR-Mitgliedern, die selbst oder in ihrem Umfeld BR-Mobbing erfahren, oft ein effektiver Widerstand vermisst.

Wir bekräftigen erneut unseren Mannheimer Appell gegen BR-Mobbing vom 11. Oktober 2014, und wir fordern den DGB und die Einzelgewerkschaften auf:

- alle Betroffenen schnell, spürbar und umfassend zu unterstützen
- Einsatzgruppen gegen BR-Mobbing zu bilden und wirksam werden zu lassen
- sowie massiv aktive betriebliche Gegenmacht zu fördern. Unseren von BR-Mobbing betroffenen Kolleginnen und Kollegen rufen wir zu:
- Stärkt Eure betriebliche und überbetriebliche Organisierung und Vernetzung!

Solidarität gewinnt! Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der 7. bundesweiten Konferenz "Betriebsräte im Visier" Mannheim, den 17. Oktober 2020



Trotz Corona Solidarität gegen BR-Mobbing

Avanti² hat Helmut Schmitt vom Komitee "Solidarität gegen BR-Mobbing!" in Mannheim gefragt, wie sich die Corona-Pandemie auf die Arbeit des Solikomitees ausgewirkt hat. Wir haben ihn ferner gebeten, eine wirksame Strategie gegen BR-Mobbing zu skizzieren. Wir veröffentlichen im Folgenden seine Antworten. Die Zwischenüberschriften wurden von der Redaktion eingefügt.

Seit Mitte März 2020 können wir wegen der Corona-Pandemie unsere 14-tägigen Präsenzsitzungen nicht mehr durchführen. Wir mussten auf Videokonferenzen umstellen.

Das erschwert oder verunmöglicht einerseits die Teilnahme derjenigen, die auf keine Videotechnik zurückgreifen können. Andererseits hat sich dadurch der Kreis der Teilnehmenden aber auch ausgeweitet.

So haben sich über die Videokonferenzen auch von BR-Mobbing Betroffene aus größerer Entfernung bei uns eingeklinkt. Das ist sehr gut, aber natürlich fehlt uns auch der persönliche Kontakt in einer Präsenzsitzung.

Trotzdem versuchen wir alles, um aus dieser Situation das Beste zu machen. Zum Beispiel durch persönliche Betreuung über regelmäßige Telefonate aber auch, falls möglich, durch persönliche Treffen unter Beachtung der Gesundheitsschutzregeln im kleinen Kreis.

Im März war uns allen klar, dass wir unsere Sitzungen nicht ausfallen lassen können, da ja auch in den betroffenen Betrieben das BR-Mobbing nicht wegen Corona aufgehört hat.

Im Gegenteil! Das BR-Mobbing wurde teilweise während der Corona-Zeit erst richtig begonnen. Für die Betroffenen, die zum Beispiel im "Home-Office" sind, ist dies besonders fatal. Sie können sich keinen Rückhalt bei ihren Kolleginnen und Kollegen holen, zumal diese oft genug ebenfalls zu Hause arbeiten.

Diese Situation wird von Geschäftsleitungen aber auch von firmennahen Betriebsratsmehrheiten ausgenutzt, um unliebsame Betriebsratsmitglieder fertigzumachen.

Kollegiales gemeinsames Vorgehen beziehungsweise gewerkschaftlicher Widerstand ist unter solchen Bedingungen nur sehr schwer organisierbar.

Wirksame Gegenwehr erforderlich

Generell gilt bei BR-Mobbing, dass eine effektive Gegenwehr von einer einzelnen Person allein nicht wirklich und dauerhaft geleistet werden kann. Hier gilt ganz klar der Spruch: Allein machen sie Dich ein!

Das gilt beim Mobbing durch die Geschäftsleitung, und erst recht gilt das beim zusätzlichen Mobbing durch Betriebsratsmehrheiten. In beiden Fällen hat die jeweilige Gegenseite das Ziel, aktive und kritische Betriebsratsmitglieder zum Schweigen zu bringen und, wenn das nicht klappt, sie aus dem Betriebsrat und dem Betrieb zu entfernen.

Deshalb ist es eine der wichtigsten Aufgaben, soweit als möglich Unterstützung zu organisieren – sowohl innerhalb, als auch außerhalb des Betriebs.

Bei der zuständigen Gewerkschaft ist Unterstützung einzufordern. Innerhalb des Betriebes beziehungsweise des Betriebsrats gilt es, einen harten Kern zu bilden, der Vertrauen ermöglicht und der kontinuierlich das eigene strategische Vorgehen bespricht.

Je nach Situation sollte das Ziel die Stärkung der eigenen Position und auf längere Sicht auch die Eroberung von Mehrheiten im Betriebsrat sein. Die Methode des "Organizing" im Betrieb ist das eigentliche Instrument, um systematisch und effektiv vorgehen zu können.

Außerhalb des Betriebes ist es wichtig, einen Solidaritätskreis zu organisieren, der auch die Öffentlichkeitsarbeit mit übernimmt.

Darüber hinaus ist die Vernetzung überbetrieblich und überregional notwendig, auch um der Behauptung besser entgegentreten zu können, es gäbe nur Einzelfälle von BR-Mobbing.

Besonders wichtig ist es im Falle von BR-Mobbing, die eigene Gesundheit im Auge zu behalten. Das heißt, sich nicht immer weiter in eine die Gesundheit zerstörende Situation treiben zu lassen, sondern rechtzeitig, durch präventive Maßnahmen und das Einholen vertrauenswürdiger ärztlicher Empfehlungen gegenzusteuern. Wenn erst die Gesundheit zerstört ist, ist niemand mehr in der Lage zu kämpfen.

Bundesweite Vernetzung stärken

Solidarität aber auch Erfahrungswissen brauchen alle diejenigen, die bisher mehr oder weniger vereinzelt um ihr "Überleben" im Betrieb und Betriebsrat kämpfen müssen.

Hierbei spielt die überregionale Vernetzung eine wichtige Rolle. Für die von BR-Mobbing Betroffenen sind Anlaufstellen wichtig, an die sie sich wenden können. Je mehr es solche Anlaufstellen gibt, zum Beispiel in Form von Solikreisen, umso besser kann geholfen werden.

Um aber insgesamt dem Thema Betriebsrats-Mobbing und Gewerkschaftsbekämpfung die Bedeutung zu geben, die es braucht, muss mehr passieren. Das kriminelle Verhalten von Geschäftsleitungen und ihrer Helfershelfer, der Unrechtsanwälte und "gelben" Betriebsratsmehrheiten muss öffentlich gemacht und skandalisiert werden. Nur wenn diese Machenschaften in der Gesellschaft mehr wahrgenommen und breiter diskutiert werden, kann es gelingen, diese Angriffe zu stoppen.

Wenn sich mehr Gewerkschaftsmitglieder, insbesondere auch Betroffene oder ehemalige Betroffene, an dieser absolut notwendigen Arbeit beteiligen würden, wäre dies ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung.



"Streiks im ÖPNV und Verkehrswende – Was tun?"

R. G.

Im Oktober hatte der Online-Infoabend der ISO-Gruppe Rhein-Neckar die Streiks im Öffentlichen Personennahverkehr (ÖPNV) und die "Verkehrswende" zum Thema.

atürlich lässt sich ein solch umfassendes Thema nicht an einem Abend abschließend behandeln. Aber der Referentin gelang es, sowohl einen hervorragenden Überblick über die Notwendigkeit und die möglichen Auswirkungen einer Verkehrswende als auch über den Zusammenhang mit den Warnstreiks im ÖPNV zu geben.

Globaler Verkehr

Ausgangspunkt war eine kurze Bestandsaufnahme der aktuellen Warenströme des globalen Kapitalismus. Die industrielle Produktion und die logistische Verteilung von Waren sind ("just-in-time") enger mit klimaschädlichen Verkehrsmitteln (Schiffe, Flugzeuge, Lastkraftwagen) verbunden als je zuvor.

Autogesellschaft

Das Automobil nimmt durch die große wirtschaftliche Bedeutung der Autoindustrie für den globalen und insbesondere den deutschen Kapitalismus eine zentrale Stellung ein. Dabei verursachen Produktion, Straßenbau und Nutzung erhebliche Umweltschäden sowie zahlreiche Erkrankungen und Todesfälle. Dennoch orientiert sich die Planung von Verkehr, Städten, Wohnvierteln und so weiter nach wie vor am Auto.

Kapitalistische Verkehrswende?

Eine ökologische Verkehrswende braucht eine solidarische, öko-

logische und demokratische Planung der Produktion und der Warenverteilung. Dazu muss eine neue internationale Arbeitsteilung aufgebaut werden mit dem Vorrang lokaler beziehungsweise regionaler Produktion und Versorgung. Dies ist im Rahmen des Kapitalismus und seiner profitgetriebenen Privatwirtschaft nicht möglich.

Jetzt richtig wenden!

Eine Verkehrsplanung, die nicht das Auto in den Mittelpunkt stellt, hätte unmittelbar positive Auswirkungen auf Umwelt sowie Städte- und Raumplanung. Statt des Autoverkehrs würden Natur und Mensch im Mittelpunkt der Planungen stehen. Ohne einen massiven Ausbau des ÖPNV ist dieses Ziel nicht zu erreichen.

Solidarität mit Tarifkampf

Der Tarifstreit im ÖPNV steht letztendlich für den Ausbau des ÖPNV und ist damit ein Baustein im Kampf für eine ökologische Verkehrswende. Zudem kann er in Zeiten der Pandemie ein Zeichen setzen gegen die herrschende neoliberale "Krisenbewältigung" zu Lasten der arbeitenden Klasse.

Nicht zuletzt aus diesen Gründen waren sich die Teilnehmenden darin einig, dass die Tarifauseinandersetzung im ÖPNV uns alle angeht und unsere direkte und praktische Solidarität erfahren sollte.



Trotz medialer Verdrängung Einsatz für Sicheren Hafen Baden-Württemberg

N.B.

Als am 09. September 2020 das Flüchtlingslager Moria auf Lesbos abbrannte, war die Verzweiflung und Wut groß. Doch es dauerte nicht lange, bis die Medien die Situation fliehender Menschen wieder einmal in Vergessenheit drängten. Das Seebrücke-Bündnis aber vergisst die Menschen nicht und bringt den Kampf um die Lebensbedingungen an den EU-Außengrenzen und in der Rhein-Neckar-Region zusammen.

Brand, starteten das Bündnis Seebrücke und der Flüchtlingsrat Baden-Württemberg eine neue Kampagne, um Baden-Württemberg zum Sicheren Hafen zu machen. In einem offenen Brief an die Landesregierung formulierten sie insgesamt neun Forderungen. Am 02. Oktober 2020, dem Tag des Flüchtlings, startete die Kampagne öffentlich.

Die Kampagne fordert einen solidarischen Umgang sowohl mit Menschen auf der Flucht als auch mit ihren Unterstützer*innen und insbesondere die Entkriminalisierung der zivilen Seenotrettung. Im Zentrum der Forderungen steht die Aufnahme weiterer Menschen aus den Lagern an den europäischen Außengrenzen – sei es über eine bundesweite Aufnahme oder ein eigenes Landesaufnahmeprogramm. Der offene Brief fordert zudem, den Kommunen rechtlich zu ermöglichen, eigenständig fliehende Menschen aufzunehmen.

Als der offene Brief verfasst wurde, hatten sich in Baden-Württemberg bereits 24 Städte und Gemeinden als Sichere Häfen erklärt. Um fliehende Menschen aufnehmen zu können, bedarf es jedoch der Zustimmung durch den Bund. Bundesinnenminister Seehofer stellt sich weiterhin quer.

Solidarität statt Abschiebung

Mit erhöhten Aufnahmezahlen würde aber bei der aktuellen Abschiebepraxis der grün-schwarzen Landesregierung in Stuttgart das Problem nur verschoben. So fordert der offene Brief auch bessere Bleibeperspektiven, ein Ende der Abschiebehaft in Baden-Württemberg und die Schließung des Abschiebeknasts in Pforzheim. Zur



Demo Seebrücke am 02. Oktober 2020 in Heidelberg.



Foto: Privat.



Demo Seebrücke am 02. Oktober 2020 in Mannheim.

Foto: Avanti

Bekräftigung dieser und anderer Forderungen gingen am 02. Oktober 2020 unter anderem in Mannheim und Heidelberg mehrere hundert Menschen auf die Straße.

Anne Dell von save-me Mannheim erinnerte an einen Spendenaufruf für "Stand by me Lesbos" angesichts der verschärften "Situation in Griechenlands neuen, schrecklichen Internierungslagern für Geflüchtete, die aus dem abgebrannten Moria dorthin verfrachtet und eingepfercht werden". Gleichzeitig liege der aktuelle Fokus aber auch auf einem Landesaufnahmeprogramm. Um dies voranzutreiben übe das Bündnis "Sicherer Hafen Mannheim" Druck auf Oberbürgermeister Kurz aus.

Solidarität statt Ausgrenzung

In Heidelberg wurde die Kampagne mit Forderungen in Bezug auf die lokale Asyl-, Wohn- und Umweltpolitik verbunden. Seit 2015 werden geflüchtete Menschen direkt nach ihrer Ankunft in Baden-Württemberg im Ankerzentrum in der ehemaligen US-Kaserne Patrick-Henry-Village (PHV) außerhalb Heidelbergs untergebracht.

Dort soll nun ein neuer Stadtteil entstehen, in dem es für geflüchtete Menschen keinen Platz mehr gibt. Für sie ist ein neues Ankunftszentrum in den Wolfsgärten zwischen Autobahnen und Bahntrassen vorgesehen. Dafür muss die Ackerfläche dort bebaut werden, was den Empfehlungen eines Klimagutachtens von 2015 widerspricht. Für ein Bürgerbegehren gegen diese menschenverachtende und klimaschädliche Isolation können an verschiedenen Stellen Unterschriften abgegeben werden (Infos unter www.ankunftszentrum-hd.de).

November 2020 SOLIDARITÄT 9

Kein Selbstbestimmungsrecht für das kurdische Volk?

H. S

Am 10. und am 17. Oktober 2020 gingen in Mannheim 250 beziehungsweise 350 meist kurdische Menschen auf die Straße. Sie demonstrierten für ihre Rechte und für die Freilassung des seit über 20 Jahren in der Türkei inhaftierten PKK-Vorsitzenden Abdullah Öcalan.

ie bei kurdischen Veranstaltungen üblich, gab es auch dieses Mal weitgehende Auflagen durch die Stadt Mannheim. Fahnen und Symbole mit PKK-Bezug sind nach wie vor verboten. Das Gleiche gilt auch für das Rufen von Parolen oder das Zeigen von Bildern der kurdischen Symbolfigur Öcalan.

Beide Demonstrationen wurden von einem großen Polizeiaufgebot begleitet. Während die Demo am 10. Oktober 2020 noch friedlich verlief, kam es am 17.10.2020 zu Zwischenfällen. Die Polizei unterband mit Schlagstockeinsätzen gewaltsam das Tragen von Öcalan-Bildern. In der Folge wurden mehrere Demonstrierende verletzt und Ermittlungsverfahren eingeleitet. Dennoch konnte auch die zweite Demo trotz weiterer Störversuche der Polizei noch relativ friedlich auf dem Alten Messplatz mit kurdischen Tänzen und Musik beendet werden.

Solche Polizeieinsätze, die friedliche Demonstrationen oft genug in Gewalt enden lassen, werden immer wieder mit dem 1993 in Deutschland verhängten PKK-Verbot begründet. In den einzelnen Bundesländern wird das Verbot von Transparenten, Fahnen und Öcalan-Bildern jedoch unterschiedlich gehandhabt.

Die EU bezeichnet die PKK ebenso wie die BRD als "Terrororganisation". Diese am Sprachgebrauch der türkischen Regierung orientierte Kriminalisierung teilen aber längst aber nicht alle EU-Staaten. Auch die UN stuft die PKK nicht als "Terrororganisation" ein.

Kritische Solidarität?

Die Geschichte der Kurdinnen und Kurden ist in den letzten zwei Jahrhunderten die einer ständigen Abfolge von Unterjochung und Verfolgung. Sie wurden gewaltsam aus ihren Gebieten vertrieben. Viele mussten ins Ausland fliehen, um ihr Leben zu retten. Ihre Sprache und ihre Kultur wurden unterdrückt. Ihr Volk und ihre Geschichte sollten von den Landkarten und aus dem Gedächtnis getilgt werden.

Wen wundert es, dass dagegen Menschen organisierten Widerstand leisteten? Im Jahr 1978 wurde die Arbeiterpartei Kurdistans (PKK) gegründet, um den bewaffneten Kampf für ein freies Kurdistan aufzunehmen.

Doch die heutige PKK ist nicht mehr die autoritäre Kaderpartei der 1980er Jahre. Sie hat theoretisch und praktisch die Entwicklung des demokratischen Konföderalismus vorangetrieben. Sie hat Religion und Ethnie neu bewertet. Sie hat die Notwendigkeit der Frauenbefreiung und des Kampfs gegen die Naturzerstörung erkannt. Mit alldem hat die PKK ihre politischen Wurzeln kritisch hinterfragt und ihre Ziele neu bestimmt.

Für diese Neubestimmung steht insbesondere das politische Projekt "Rojava". Es ist in Nordsyrien beispielhaft für das selbstbestimmte gesellschaftliche Zusammenleben unterschiedlicher Ethnien und Religionen. Es war der politische Kopf Abdullah Öcalan, der diese Neubestimmung aus der Haft heraus initiiert hat.

Auch wenn viele linke Kurdinnen und Kurden in anderen Organisationen und Vereinen organisiert sind, ist die bedeutende Rolle der PKK für den kurdischen Freiheitskampf insbesondere in der Türkei nicht zu leugnen. Der türkische Staat hat nicht nur die PKK, sondern auch andere Parteien und Organisationen, die der kurdischen Sache eine Stimme geben wollen, zu politischen Hauptfeinden erklärt hat. Und die deutsche Regierung? Sie ist in dieser Frage erklärtermaßen ein Handlanger des menschenverachtenden Erdogan-Regimes.

Wie entledigt sich dieses Regime eines politischen Gegners? Es bezeichnet ihn als Terroristen und verschafft sich damit die Rechtfertigung für Verfolgung und Vernichtung. Es verbreitet Angst und Schrecken und macht ihn damit unglaubwürdig und verabscheuenswert. Nach dieser Methode wird mit der PKK bis heute verfahren.

Kriminalisierung stoppen

Auf dem 1993 in Deutschland verhängten Verbot der PKK beruht die fortgesetzte Kriminalisierung der kurdischen Bewegung insgesamt. Diese betrifft auch die YPG.

Die Nähe von PKK und YPG wurde während der Verteidigung von Kobanê 2014 sehr deutlich. Als sie kurz zuvor Tausende Jezidinnen und Jeziden im Irak vor dem drohenden Genozid durch den Daesh gerettet haben, bewerteten deutsche Medien dies als sehr positiv. Selbst CDU- und FDP-Kreise signalisierten damals, es sei nun an der Zeit, über eine Beendigung des PKK-Verbots nachzudenken.

Doch nach dieser kurzen Zeit der Entspannung, in der uns das heldenhafte Verhalten der kurdischen Kämpferinnen und Kämpfer präsentiert wurde, hat sich die Situation wieder verändert. Kurdische Aktive werden der PKK zugerechnet, wieder verfolgt und in ihren Freiheitsrechten beschnitten. Diese Kriminalisierung muss gestoppt werden. Weg mit dem PKK-Verbot!



Kurdische Demo am 10. Oktober 2020 in Mannheim.

Foto: Avanti².

Ein Platz für Rosa Luxemburg

I. F

Am Sonntag, den 25. Oktober 2020, fand sich um 11 Uhr morgens bei strahlendem Wetter auf einem schönen kleinen Platz im Mannheimer Stadtteil Almenhof eine Gruppe von Menschen mit einem ganz besonderen Anliegen ein. Der begrünte kleine Platz liegt zwischen Lassallestraße und Karl-Marx-Straße.

nlass war eine Einladung der Initiative Frauenwege zur Benennung von Straßen und Plätzen auf dem Almenhof nach Frauen. Bisher sind diese Namen ausschließlich revolutionären Männern vorbehalten, eine Tatsache die sich dringend ändern muss.

Die Wiese mit dem Spielplatz und dem alten Baumbestand geben dem kleinen Platz eine geradezu parkartige Anmutung. Da er bis jetzt noch keinen Namen trägt, bietet er sich deshalb unbedingt für eine Benennung an.

150. Jahrestag naht

Am 5. März 2021 jährt sich der Geburtstag Rosa Luxemburgs zum hundertfünfzigsten Mal. Dies ist ein perfekter Anlass, den parkähnlichen Platz mit dem Namen dieser mutigen und klugen Kämpferin für Menschenrechte und Menschenwürde zu benennen.

Die Initiative hat sich schon lange für diesen Schritt eingesetzt, und mittlerweile ist einiges ins Rollen gekommen. Die Chancen stehen nicht schlecht, dass es in Zukunft einen Rosa-Luxemburg-Platz (oder -Park) auf dem Almenhof geben wird.

Ziel der Einladung am 25. Oktober 2020 war es, zum einen die Anwohnerinnen und Anwohner mit der Person Rosa Luxemburgs etwas vertrauter zu machen. Zum anderen sollte noch einmal hervorgehoben werden, wie sehr diese Frau eine solche Würdigung verdient hat.

Beeindruckende Lesung

Einige auf dem Almenhof lebende Menschen hatten sich eingefunden – darunter die Stadträtinnen Claudia Schöning-Kalender und Elke Zimmer. Sie folgten sehr interessiert einer kurzen Lesung von Texten zur Biografie und zur Politik Rosa Luxemburgs durch die Schauspielerin Bettina Franke.

Bettina Franke konnte sich dabei auf ihre Vorarbeiten für die beiden Mannheimer Veranstaltungen im Jahr 2019 anlässlich des 100. Jahrestags der Ermordung von Rosa Luxemburg beziehen. Damals hatte sie zuerst im Gewerkschaftshaus und dann in der Abendakademie gemeinsam mit dem Akkordeonisten Laurent Leroi ein sehr beeindruckendes musikalisch-literarisches Programm präsentiert.

Auch auf dem Almenhof zeigten sich alle Zuhörenden spürbar bewegt von den klugen, humorvollen und kämpferischen Texten Rosa Luxemburgs.

Die brutalen Morde an Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht wurden seitens des Staates und der Justiz nie wirklich aufgearbeitet. Bis heute hat auch niemand die politische Verantwortung dafür übernommen, obwohl die damalige SPD-Spitze um Gustav Noske offensichtlich ihre Hände dabei im Spiel hatte.

Die Benennung des Platzes auf dem Almenhof nach Rosa Luxemburg wäre ein Schritt, sich nicht nur mit dieser Verdrängung auseinanderzusetzen, sondern auch dieser außergewöhnlichen Frau eine Ehrung zu verschaffen, die sie mehr als verdient hat.



Lesung für Rosa Luxemburg am 25. Oktober 2020 in Mannheim-Almenhof.

Herbstseminar der ISO Rhein-Neckar am 14.11. 2020 "Schnell noch die Welt verändern?"

H.L

Schnell noch die Welt verändern? Das wär's doch. Angesichts der weltweiten Entwicklung mit fast 100 Millionen zur Flucht gezwungener Menschen, drohender Klimakatastrophe, Pandemie, Wirtschaftskrise und so weiter wäre es dafür auch allerhöchste Zeit. Allerdings scheinen wir noch ziemlich weit von einer Weltveränderung in positivem Sinne entfernt zu sein.

Kapitalistische Weltveränderung?

Die Superreichen und ihre Vertretungen in den prokapitalistischen Regierungen ändern die Welt permanent in ihrem Sinne. Die Folgen sind verschärfte Ausbeutung und Zerstörung von Mensch und Natur unter neoliberaler Flagge zur Maximierung des Profits.

Gleichzeitig werden in diesem Fahrwasser rechte, autoritäre und faschistische Strömungen immer stärker. Deren Ideologie und Politik richten sich direkt gegen demokratische Freiheiten, gegen "Minderheiten", gegen alles "Andersartige" und führen letztendlich zu immer mehr Hass, Gewalt und Krieg.

Welche Taktik – welche Strategie?

Unsere Ziele dagegen sind direkte Demokratie auf der Grundlage einer demokratisch geplanten, bedürfnisorientierten und ökologischen Wirtschaft. Wir setzen uns ein für globale Solidarität und gleiche Rechte für alle.

Doch wie kann es gelingen, mehr Menschen für diese Ideen zu begeistern und in Bewegung zu bringen? Diese "einfache" Frage und mögliche Antworten stehen im Mittelpunkt unseres Herbstseminars, das am Samstag, den 14. November 2020, ab 13:00 Uhr stattfindet.

Das Seminar wird unter strikter Einhaltung der Hygieneregeln durchgeführt.
Aufgrund der aktuellen Pandemie-Entwicklung ist die Teilnahme begrenzt.
Darum bitten wir um verbindliche Anmeldung direkt bei unseren Genoss*innen oder bei ISO Rhein-Neckar, Postfach 1026110,
D-68026 Mannheim,

Tel./Fax: +49 (0) 621 /429 481 54, E-Mail: info@iso-4-rhein-neckar.de



Vor 100 Jahren Einheit der radikalen Linken

M. G.

Ende 1920 gelang die Vereinigung des größten Teils der organsierten radikalen Linken in einer Partei.

uvor konnte im Frühjahr der rechtsextreme Kapp-Putsch durch den bisher massivsten Generalstreik der deutschen Geschichte abgewehrt werden. Der Gewerkschaftsführer Legien schlug daraufhin die Bildung einer Arbeiterregierung vor. Dazu kam es zwar nicht, aber die Einheitstendenzen der radikalen Linken wurden durch die heftigen Klassenkämpfe dieses Jahres gefördert.

Beim USPD-Parteitag vom Oktober 1920 in Halle stimmte eine große Mehrheit der Delegierten für den Anschluss an die III. Internationale. Dies hatte die Spaltung der USPD zur Folge. Die Mehrheit der Parlamentsabgeordneten und Hauptamtlichen führte zunächst die USPD fort.

Eine Minderheit der Führung und die große Mehrheit der Parteimitgliedschaft schlossen sich jedoch Anfang Dezember mit der viel kleineren KPD zur Vereinigten Kommunistischen Partei Deutschlands (VKPD) zusammen. Dadurch entstand die mit rund 450.000 Mitgliedern bisher größte revolutionäre Partei in Deutschland. Allerdings blieb die Partei durch scharfe interne Fraktionskämpfe belastet.

Die Bürokratisierung der Sowjetunion und der III. Internationale bewirkte ab Mitte der 1920er Jahre auch die stalinistische Wandlung der KPD. Angesichts des Aufschwungs der NSDAP ab 1929 hatte dies verheerende Folgen: Die KPD versagte bei der Bildung einer Einheitsfront ebenso wie SPD und Gewerkschaften. Dadurch wurde der Weg in die faschistische Diktatur 1933 endgültig geebnet.



ildung Privatarchiv.

ISO/IV. Internationale Wer wir sind und was wir wollen

ie Internationale Sozialistische Organisation (ISO) ist Teil der 1938 gegründeten IV. Internationale. Sie ist in über 50 Ländern aktiv und hält grundlegende Probleme der Welt - Krieg, Umweltzerstörung, Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger – im Rahmen der kapitalistischen Gesellschafts- und Wirtschaftsordnung nicht für lösbar. Sie strebt eine selbstverwaltete sozialistische Demokratie an, die die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen beendet. Deshalb fördert die ISO alle Bemühungen, aktiv und gemeinsam mit anderen politischen Strömungen für die sozialen Errungenschaften, demokratischen Rechte und wirtschaftlichen Interessen insbesondere der arbeitenden Klasse einzutreten. Sie unterstützt den Kampf gegen Rassismus, Frauenunterdrückung und jede Art von Diskriminierung. Sie setzt sich für den Erhalt der Umwelt ein. Sie fordert die politische, rechtliche und soziale Gleichstellung aller in der Bundesrepublik lebenden Menschen und die völlige Gleichstellung der Geschlechter. Ziel der ISO ist es, das Vertrauen der Menschen in ihre eigene Kraft zur radikalen Veränderung zu stärken. Der Schwerpunkt ihrer Aktivitäten liegt in den außerparlamentarischen Kämpfen.

TERMINE (weitere Infos bei der ISO Rhein-Neckar)

- FR, 02.11.2020, 17:30 Uhr, Rojava-Kundgebung, Paradeplatz MA*
- DO, 05.11. 2020, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- SA, 14.11.2020, 13:00 Uhr, ISO- Herbstseminar "Schnell noch die Welt verändern?"*
- MI, 18.11.2020, 19:00 Uhr, Viko "Wer, wenn nicht wir …"
- DO, 19.11.2020, 15:00 Uhr, Viko des Überbetrieblichen Solikomitees
- 27.11.2020, 19:00 Uhr, Virtueller ISO-Infoabend zu aktuellem Thema
- * (mit sorgsamer Beachtung der Gesundheitsschutzregeln)

Tel./Fax: +49 (0) 621/429 481 54 Email: info@iso-4-rhein-neckar.de